

THEMA IM LANDTAG

SPD macht Ernst: Gesetzentwurf zur Gebührenfreiheit in Kitas

Die SPD will schon im kommenden Jahr die Gebühren für ein Kita-Jahr abschaffen. Ob die Elternbeiträge für das erste oder das letzte Kindergartenjahr wegfallen, sollen die Kommunen entscheiden können. Die Kosten wird das Land tragen und aus seinem Anteil an der Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres hat die SPD-Fraktion in den Landtag eingebracht.

»Seit Jahren sind sich Politiker aller Parteien darüber einig, dass der Staat mehr in die frühkindliche Bildung investieren muss«, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner in Hannover. »Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass der Kita-Besuch die Entwicklungschancen der Kinder entscheidend verbessert. Wir sind der Überzeugung, dass genug geredet worden ist. Jetzt müssen wir handeln und im Landeshaushalt die notwendigen Prioritäten setzen.«

Die Übernahme der Kita-Gebühren für ein Kalenderjahr belastet den Landeshaushalt nach Angaben des Kultusministeriums mit rund 90 Millionen Euro. Der Gesetzentwurf der SPD soll zum Beginn des Kita-Jahres 2007/2008 am 1. August kommenden Jahres in Kraft treten. Im Haushaltsjahr 2007 sind also 37,5 Millionen Euro einzuplanen. Dazu soll nach den Vorstellungen der SPD ein Teil der in der aktuellen Steuerschätzung prognostizierten Mehreinnahmen des Landes von 628 Millionen Euro eingesetzt werden, die vor allem aus der Anhebung der Mehrwertsteuer stammen.

Jüttner betonte, dass die Abschaffung der Gebühren für ein Kita-Jahr nur ein erster Schritt sei. »Nach einem Sieg bei der Landtagswahl wer-

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

wir haben die Weichen gestellt: Auf dem Parteitag der niedersächsischen SPD in Wolfsburg haben wir unser Bildungsprogramm verabschiedet. Erstmals in Niedersachsen hat damit eine Partei ein umfassendes Konzept vom »nullten Lebensjahr« bis zur Seniorrenbildung vorgelegt.

Das Programm »Zukunft der Bildung« setzt klare Schwerpunkte: Wir wollen die frühkindliche Bildung verbessern und in der kommenden Legislaturperiode die Kindergarten-Gebühren abschaffen. Und wir wollen die Kinder individuell fördern – egal ob sie aus reichen oder armen Familien kommen. Deshalb werden wir die »Gemeinsame Schule« einführen.

Wir haben das Bildungspapier gemeinsam mit zahlreichen Expertinnen und Experten, mit Eltern und Schülern, Vertretern aus Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften entwickelt und sind dabei auf viel Zustimmung gestoßen. Deshalb wollen wir mit der Umsetzung nicht bis zu der Zeit nach der Landtagswahl warten: Eine Woche nach dem Bildungsparteitag haben wir mit über 400 Teilnehmern auf einem Kongress über unsere Ideen für die frühkindliche Bildung diskutiert. Wiederum eine Woche später haben wir einen seriös finanzierten Gesetzentwurf zur Abschaffung der Gebühren für ein Kita-Jahr in den Landtag eingebracht. Das waren nur die ersten Schritte.

Wir werden weiter Druck machen. Denn wir wissen: Die Zukunft unserer Kinder ist jede Anstrengung wert.

Euer

W. Jüttner



den wir innerhalb der nächsten Legislaturperiode die kompletten Kita-Gebühren abschaffen. Das wird ein finanzieller Kraftakt für das Land. Aber ich bin der Überzeugung, dass der Staat sein Geld nicht besser investieren kann als in Bildung.«

Hauke Jagau, Bürgermeister in Laatzen und zugleich stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen SPD, begrüßte den Gesetzentwurf: »Viele Kommunen investieren gegenwärtig massiv in die frühkindliche Bildung. Doch anstatt dieses Engagement zu unterstützen, legt die Landesregierung den Städten und Gemeinden Steine in den Weg.« Die Landesregierung verweigere nicht nur – wie in Hannover – die Haushaltsgenehmigung für Investitionen in Schulen. Auch bei der frühkindlichen Bildung müsse nach dem Willen des Innenministers gekürzt werden. »So hat die Landesregierung den Haushalt der Stadt Göttingen nur mit der Auf-

lage genehmigt, die von der rot-grünen Ratsmehrheit beschlossene Abschaffung der Gebühren für das dritte Kindergarten-Jahr zurückzunehmen«, kritisierte Jagau. Es sei richtig, dass die SPD-Landtagsfraktion den Kommunen überlassen will, ob sie das erste oder das letzte Kita-Jahr gebührenfrei gestalten, sagte Jagau. »So kann flexibel auf die Gegebenheiten vor Ort eingegangen werden.«

Mit der Abschaffung der Kindergartengebühren will die SPD einen Beitrag dazu leisten, dass vor allem mehr sozial schwache Familien und solche mit Migrationshintergrund ihre Kinder in eine Kita schicken. »Zehn Prozent aller Kinder in Deutschland sehen nie eine Kita von innen«, so Jüttner mit Blick auf den Anfang Juni erstmals vorgestellten nationalen Bildungsbericht. »Besonders alarmierend ist, dass Eltern ohne Schulabschluss ihren Kindern den Kita-Besuch doppelt so

häufig verweigern wie Eltern mit Abitur. Das ist ein erheblicher sozialer Sprengstoff. Denn gerade Kinder aus den so genannten bildungsfernen Schichten sind besonders dringend auf den Kita-Besuch angewiesen.«

»Der Gesetzentwurf zur Gebührenfreiheit markiert nicht das Ende, sondern den Beginn unserer Initiative für die frühkindliche Bildung«, betonte Jüttner. »Wir setzen uns zugleich für umfassende Qualitätsverbesserungen ein.« So sehe das Bildungsprogramm der SPD vor, ab 2008 die Sprachförderung in den Kitas massiv auszubauen, die Elternbildung zu verstärken und den Übergang von der Kita in die Grundschule flexibler und kindgerechter zu gestalten. Außerdem soll mit der Einrichtung von 50 Familienzentren in sozialen Brennpunkten begonnen werden. Dort sollen neben der Kita alle Hilfsangebote staatlicher und freier Träger gebündelt werden.

»Alle Kinder sind gleich – jedes Kind ist besonders« Riesiges Interesse an SPD-Kongress

Mit soviel Andrang hatten selbst Optimisten nicht gerechnet: Mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung der SPD-Fraktion und diskutierten unter dem Titel »Alle Kinder sind gleich – jedes Kind ist besonders« über Stand und Perspektiven der frühkindlichen Bildung in Niedersachsen.

»Die Vielfalt der Ansätze in den Kitas und Familieneinrichtungen in Niedersachsen und das riesige Engagement der dort Beschäftigten und der Eltern haben mich wirklich beeindruckt«, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. »Kitas sind schon lange keine reinen Betreuungseinrichtungen mehr, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungslandschaft.«

»Unser Kongress hat gezeigt, dass viele Kitas in Niedersachsen auf die höchst unterschiedlichen lokalen Anforderungen sehr erfolgreich und flexibel reagieren. Die Aufgabe der Landespolitik besteht darin, diese Initiativen besser zu unterstützen. Außerdem müssen wir dazu beizutragen, dass die vorbildlichen Ansätze auf andere Orte mit vergleichbaren Problemlagen übertragen werden können«, betonte Jüttner.

Donata Elschenbroich vom Deutschen Jugendinstitut verdeutlichte zu Beginn der Veranstaltung eindrucksvoll, wie die kindliche Entdeckungsfreude und Kreativität gefördert werden kann. Das Plädoyer der Autorin des Bestsellers »Weltwissen der Siebenjährigen«: Die Erwachsenen müssen den Kindern schon in frühen Jahren »Bildungserlebnisse« bieten, um die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeiten umfassend zu fördern.

Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung für die Herstellung von Chancengleichheit betonte Ute Erdsiek-Rave, Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein und zur Zeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK): »Nur wenn wir die Kinder früh individuell fördern, können wir den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln«, so die Ministerin.

Auf einer Ideenbörse präsentierten Kitas unter anderem aus Hannover, Wolfsburg, Cuxhaven, Uelzen und Hildesheim ihre

Ansätze, anschließend wurden in sechs Workshops Teilaspekte wie etwa die Stärkung der Elternkompetenz und der Schutz vor Verwahrlosung diskutiert und mit dem Bildungsprogramm der SPD abgeglichen. »Eine rundum gelungene Veranstaltung«, bilanzierte Jüttner. »Die Diskussionen haben gezeigt, dass wir mit unserem Bildungsprogramm auf dem richtigen Weg sind. Die Politik muss einen eindeutigen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung legen. Dass das ist nicht zum Nulltarif zu haben ist, versteht sich von selbst.«



Ingrid Eckel (2. v.r.) und Wolfgang Jüttner während der Ideenbörse beim Projekt »Fit für die Schule«, präsentiert durch das Zentrum Kita-Fachberatung Wolfsburg.

»Die Altenpflegeausbildung muss sich wieder lohnen« SPD fordert Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung

Die SPD spricht sich für die Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung aus. »Ohne Umlage zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen steuern wir in Niedersachsen sehenden Auges auf einen Notstand in der Pflege zu«, erklärte die SPD-Abgeordnete Ulla Groskurt am vergangenen Donnerstag bei der Einbringung eines entsprechenden Antrages in den Landtag.

»Noch werden die Lücken häufig durch Krankenpflegerinnen und -pfleger geschlossen, die in die Altenpflege wechseln. Aber das wird bald vorbei sein, denn auch in der Krankenpflege sinkt wegen des Kostendrucks die Ausbildungsbereitschaft«, sagte Groskurt weiter.

Niedersachsen hatte 1996 eine gesetzliche Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung eingeführt. Damit entsprach die damalige SPD-Mehrheit dem Wunsch zahlreicher Betreiber von Pflegeheimen, die einen Solarausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben in der Altenpflege forderten. Im Jahr 2000 wurde die Umlagefinanzierung ausgesetzt, weil das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der niedersächsischen Regelung und vergleichbarer Vorschriften in anderen Bundesländern überprüfte. Seitdem ging die Zahl der Altenpflegeschülerinnen und -schüler um rund ein Fünftel zurück. Im August 2003 entschied das Karlsruher Gericht, dass die Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Groskurt erinnerte an die absehbar wachsende Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Niedersachsen. »In dieser Situation ist es absurd, dass die Betriebe, die ausbilden auch noch Wettbewerbsnachteile haben.« Diese Einrichtungen finanzieren die Ausbildung von Fachkräften, die dann oft genug von nicht ausbildenden ambulanten Diensten abgeworben werden. »Die Dummen sind aber auch die Menschen, die gepflegt werden. Da die Pflegekassen nur rund die Hälfte der Kosten, die den Unternehmen für einen Ausbildungsplatz entstehen, übernehmen, müssen die Bewohner von Altenpflegeheimen den Rest per Umlage bezahlen.«

»Frau Ross-Luttmann darf nun nicht mehr die Hände in den Schoß legen, zumal es mit dem Paragraphen 8 des niedersächsischen Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege bereits eine Norm für die Umlagefinanzierung gibt. Die Landesregierung muss sie nur nutzen«, forderte Groskurt.

Die Altenpflege ist ähnlich organisiert wie die klassische duale Berufsausbildung. In



Ulla Groskurt, Mdl

den Altenpflegeschulen, für die Schulgeld zu zahlen ist, werden die Grundlagen des Berufs vermittelt. Die praktische Ausbildung findet in einem Heim oder bei einem ambulanten Pflegedienst statt. Es gibt zwar in Niedersachsen genug Interessenten für den Beruf des Altenpflegers, viele Heime und die Mehrzahl der ambulanten Pflegedienste scheuen aber die mit der Ausbildung verbundenen Kosten und stellen deshalb keine Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Bericht vom Landesparteitag »Bildung« – Bildungspartei SPD

»Die SPD ist die Bildungspartei Deutschlands«, so lautet der erste Satz des auf dem Parteitag beschlossenen Bildungskonzeptes der SPD in Niedersachsen. Papier ist gemeinhin geduldig und Parteitage neigen zur Verklärung der Realität. In diesem Fall jedoch trifft beides nicht zu.

Das in Wolfsburg verabschiedete Konzept ist der umfassende Entwurf einer neuen Bildungspolitik für Niedersachsen. Es justiert die bildungspolitischen Ziele der SPD für alle Bereiche neu, von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung. Dabei ist es kein neuer Aufguss alter Prinzipien, sondern eine Neubestimmung des immer noch gültigen Zieles der Chancengleichheit unter den verändernden Bedingungen einer sich rasant entwickelnden Gesellschaft. Und es orientiert sich an den neuesten Ergebnissen der pädagogischen Diskussion nach PISA.

Im Zentrum steht das ein Prinzip »Individuelle Förderung für Alle«. Für die SPD gilt von der frühkindlichen Bildung bis zum Abitur und weiter bis zur Berufsausbildung und zum Studium:

Jede und jeder soll die Möglichkeit erhalten, vorhandene Lernpotenziale zu entwickeln. Soziale Lernbarrieren soll und wird es mit der SPD zukünftig nicht mehr geben. Die Lernmethoden und die Strukturen in allen Bildungseinrichtungen müssen sich daran orientieren.

Dazu gehört auch das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens aller Schüler und Schülerinnen. In der »Gemeinsamen Schule« soll dies bis zum 10. Schuljahr möglich werden. Unbestritten ist dabei, dass wir die Einführung einer solchen Schule nicht von oben verordnen werden, sondern vom Elternwillen abhängig machen. Die Debatte um die Einführung der Gesamtschule in den 70er Jahren hat uns gelehrt: Wir brauchen keine politischen »Grabenkämpfe«, sondern Überzeugungsarbeit ist nötig, um eine solche neue Schule zu etablieren.

Wolfsburg hat also gezeigt: Wir waren in der Vergangenheit die Bildungspartei in Deutschland und wir werden es auch in Zukunft sein.

»Studiengebühren werden für Hochschulen immer teurer« Hochschulen müssen auch Verwaltungskosten tragen

Die Einführung von Studiengebühren zum kommenden Sommersemester wird für die Hochschulen und die Studierenden immer teurer. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen nicht nur den Ausfallfonds finanzieren, mit dem Risiken bei der Vergabe von Krediten an Studierende abgesichert werden.

Sie haben zudem nach dem Willen der Landesregierung auch für die bei der N-Bank anfallenden Verwaltungskosten aufkommen. Außerdem müssen Studierende, die einen von der N-Bank vermittelten Kredit in Anspruch nehmen, sehr viel höhere Belastungen tragen als bislang bekannt. Inklusive Zinsen kann die bislang als Obergrenze definierte Marke von 15.000 Euro leicht überschritten werden.

»Allein die Regelungen zum Ausfallfonds führen für die Hochschulen im kommenden Jahr zu einer faktischen Kürzung von über 9 Millionen Euro«, sagte die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Gabriele Andretta. »Denn die Hochschulen dürfen diesen Fonds nicht aus den Studiengebühren finanzieren,

sondern müssen auf ihre regulären Haushaltsmittel zurückgreifen.« Bislang geht das Wissenschaftsministerium aus, dass sechs Prozent der Einnahmen aus Studiengebühren in den Ausfallfonds fließen. »Andere Bundesländer gehen von einem doppelt so hohen Anteil aus, und das ist auch wesentlich realistischer«, so Dr. Gabriele Andretta.

»Herr Stratmann bricht in Sachen Studiengebühren ein Versprechen nach dem anderen: Die Einnahmen werden Hochschulen nicht, wie im Zukunftsvertrag vereinbart, ungeschmälert zur Verfügung stehen. Das Land stellt allen anders lautenden Ankündigungen zum Trotz keine Stipendien zur Verfügung. Und die Kreditbelastung für die Studierenden wird keineswegs, wie vom Minister im Landtag



Dr. Gabriele Andretta, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

angekündigt, bei 15.000 Euro gedeckelt«, kritisierte Andretta.

Der Zauberlehrling

Wir erinnern uns. Anfang 2004 entfesselte der Finanzminister im Parlament und in der Presse einen Orkan der Entrüstung gegen die Gutachtenpraxis der ehemaligen SPD-Landesregierung. Zugegeben, einige der Gutachten waren wirklich nicht nötig, aber beim Gros der Gutachten fragte sich der unbefangene Beobachter: Wie macht der das bloß, die Öffentlichkeit so aufzustacheln? Ein Verdacht quoll hoch, der Möllring ist ein Zauberer.

Wie bei allen Zauberkunststücken basiert der Trick immer auf Geschwindigkeit und Illusion. In diesem Fall auf Halbwahrheit. Vorgetragen mit inbrünstiger aber dennoch lässiger Attitüde. Ein Gutachten über die Verwaltungsreform sollte bezahlt, aber gar nicht vorhanden sein. Große Aufregung, welche Verschwendung.

Als die SPD-Fraktion mit den begrenzten Mitteln der Opposition das Gutachten fand, gab es – schwups – eine neue Erklärung: Ein hoher Beamter hatte es mit nach Hause genommen. In Wahrheit lag es aber – mehr als 100 Seiten – da wo es hingehörte. In den Räumen der Landesraumordnung im Landwirtschaftsministerium. Es war einfach nicht gründlich gesucht worden. Das interessierte aber die Öffentlichkeit nicht mehr, alle waren hoch begeistert vom Politzauberer Möllring.

Zum Zaubern gehört auch Suggestion, dazu diente die Attitüde eines unerbittlichen Sparkommissars gepaart mit dem markigen Auftritt als Selfmade-man. Originalton Möllring: »Wir vertrauen auf die Kraft unserer eigenen Argumente. Diese durch externe Experten mit der Aura der höheren Weisheit bestätigen zu lassen, ist deshalb überflüssig und wäre angesichts der Situation unseres Landeshaushaltes auch nicht zu rechtfertigen.« Da applaudierten die bereits eingelullten Zuhörer und Zuhörer-

rinnen noch frenetischer. – Eine gelungene Vorstellung, das Kunststück war vollbracht und das Image aufpoliert.

Blöd nur, dass es jetzt nach zwei Jahren eine Anfrage zur Gutachtenvergabep Praxis der Landesregierung gab. Die Antwort gab der Innenminister und dessen Bezauberungstalent ist gerade etwas aufgebraucht. Weder Illusion noch Suggestion konnte so zum Einsatz kommen. Und da rutschen als Begründung für ein Gutachten zur Verwaltungsreform – von dem übrigens bisher nur 1 Seite vorliegt – schon mal solche Sätze durch: »Die Auswertung und Bewertung von bestimmten Modernisierungsmaßnahmen wie die Einrichtung von Regierungsvertretungen sollten allerdings schon aus grundsätzlichen Erwägungen mit einer externen Unterstützung vorgenommen werden, um der Gefahr einer Binnensicht zu entgehen. – und: »Eine externe Beurteilung erfährt gerade bei der Bewertung der Wirksamkeit von Innovationen mit Bezug auf die Zielstellung eine besondere Akzeptanz«.

Ups – da hat doch der Kollege Innenmagier den Finanzmagier in einem unbedachten Augenblick als Zauberlehrling enttarnt. Wir kennen die Geschichte alle, es ist die Sache mit den Geistern, die vom Jungzauberer gerufen werden und die er nicht mehr los wird.

Jetzt sind nicht nur Illusion und Geschwindigkeit, sondern auch noch die Suggestion im Eimer. Von wegen verdammenswerte »Aura der höheren Weisheit« und nebbich mit den Sparzielen, die neue Landesregierung wandelt auf den Spuren der Alten, sie formuliert dies allerdings ein wenig anders.

Zum bösen Schluss also: Eine misslungene Vorstellung, das Kunststück ist enttarnt, das Image angeraut. Bleibt zu hoffen, dass das Publikum noch aufmerksam ist.

Hilfspolizei ist überflüssig

Keinerlei Bedarf für eine Hilfspolizei sieht SPD-Polizeixperte Heiner Bartling. »Eine Hilfspolizei ist ebenso überflüssig wie der noch vor wenigen Wochen von Schünemann beworbene Plan, die Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft einzusetzen. Wieder einmal scheint sich zu bewahrheiten, dass kein Vorschlag zu abwegig sein kann, um nicht wenigstens vom amtierenden Niedersächsischen Innenminister vertreten zu werden«. Polizei und kommunale Ordnungsbehörden sind nach Bartlings Überzeugung bereits heute bestens in der Lage, für die Sicherheit zu sorgen. »Ich halte es für bedenklich, dass der Innenminister erst eine allgemeine Unsicherheit herbeiredet, um dann mit einer objektiv überflüssigen Hilfspolizei das subjektive Sicherheitsgefühl stärken zu können. Polizei und Kommunen leisten bereits heute hervorragende Arbeit.« Aber auch dort, wo noch Defizite bestehen, darf sich der Innenminister nach Auffassung Bartlings nicht aus der Verantwortung stehlen. »Ich fürchte, dass die Einführung eines freiwilligen Ordnungs- und Streifendienstes zu Lasten der Polizeipräsenz gehen wird. Schon jetzt haben Polizeipräsidenten erkennen lassen, dass sie die Streifenfähigkeit der Polizei reduzieren werden, wenn Schünemanns Hilfspolizei auf der Straße ist.«

Zunehmende Irritation lösen Schünemanns Pläne auch an ganz anderer Stelle aus: Unter anderem bei den Freiwilligen Feuerwehren findet sich keinerlei Verständnis dafür, dass Schünemann seinem freiwilligen Ordnungs- und Streifendienst eine Aufwandspauschale zahlen will, während er bei Feuerwehr und Hilfsdiensten weiterhin auf entschädigungsloses ehrenamtliches Engagement setzt. Dazu Bartling: »Ich warne den Innenminister davor, ein Zwei-Klassen-Ehrenamt einzuführen. Wir brauchen keine Bürgerstreife in Niedersachsen«.



Der Innenminister – Oberster Streifenpolizist

Amigo-Affäre im Justizministerium?

Landesregierung wegen fragwürdigem Stellenbesetzungsverfahren unter Druck

Welche Absprachen hat es zwischen dem Staatssekretär im Justizministerium und einem Richter aus Sachsen-Anhalt über die Besetzung der Stelle des Präsidenten des Verwaltungsgerichts Hannover gegeben? Warum wurde das Verfahren nachträglich intern auf Bewerbungen aus Niedersachsen eingeschränkt?

Eine ganze Reihe von Fragen stellen sich nach einem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 9. Mai 2006 (Az: ME 31/06). In diesem Beschluss 5 ME 31/06 des OVG Lüneburg vom 9. Mai 2006 wird in dieser Angelegenheit folgendes ausgeführt: »Der Sachverhaltsdarstellung des Antragstellers, die dieser durch eine eidesstattliche Versicherung vom 29. Januar 2006 bekräftigt hat, ist zu entnehmen, dass ihm durch den Staatssekretär bedeutet worden ist, dass seine, des Antragstellers, Bewerbung, soweit es in der Zuständigkeit des Ministeriums liege, nicht daran scheitern werde, dass er sich aus einem fremden Bundesland bewerbe. Allerdings wird diese Sachverhaltsdarstellung durch die dienstliche Erklärung des Staatssekretärs vom 28. November 2005 nicht bestätigt, weil der Staatssekretär verbindliche Aussagen zu den von dem Antragsteller angeführten Gesprächsthemen in Abrede stellt. Der Senat legt aber für die in diesem Eilver-

fahren zu treffende Entscheidung das Vorbringen des Antragstellers zugrunde. Hierbei berücksichtigt der Senat, dass der Antragsteller eine nach den §§ 156, 163 StGB strafbewehrte eidesstattliche Versicherung abgegeben hat und sich – insbesondere als Präsident eines Verwaltungsgerichts – der Bedeutung einer derartigen Versicherung bewusst sein muss.«

Mit einer von SPD-Rechtsexpertin Heike Bockmann und Axel Plaue eingebrachten Anfrage wollte die SPD unter anderem Auskunft darüber erhalten, welche Kontakte es zwischen dem Justiz-Staatssekretär und dem Bewerber aus Sachsen-Anhalt bzw. seiner Ehefrau im Vorfeld der Bewerbung gegeben hat. »Da sich die Ministerin bei der Beantwortung dieser Anfrage darauf zurückgezogen hat, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, haben wir nach wie vor großen Aufklärungsbedarf«, sagte Bockmann. »Der Bewerber aus Sachsen-Anhalt hat sein



Heike Bockmann, SPD-Rechtsexpertin

Haus in Halle verkauft und ist mit der ganzen Familie nach Hannover gezogen. Nach aller Lebenserfahrung wird ein solcher Schritt nicht ohne konkrete Zusagen eingeleitet. Der Verdacht, dass es sich hier um eine handfeste Amigo-Affäre handelt, ist noch lange nicht ausgeräumt«, erklärte Bockmann.

Kein Blankoscheck für Schünemann bei Härtefallkommission

»Auch Niedersachsen muss endlich den humanitären Ansprüchen des Zuwanderungsgesetzes gerecht werden. Deshalb begrüßen wir, dass sich der Innenminister endlich zur Einrichtung einer Härtefallkommission durchgerungen hat.

Es wird sich aber erst anhand der konkreten Ausgestaltung zeigen, ob die Härtefallkommission diesem Anspruch gerecht werden kann. Der von Schünemann vorgelegte Verordnungsentwurf wird es jedenfalls nicht«, erklärte SPD-Migrationsexperte Klaus-Peter Bachmann. »Wir verknüpfen mit der Einrichtung einer Härtefallkommission die Hoffnung auf humanitäre Entscheidungen bei ausländerrechtlichen Härtefällen. Insbesondere der Innenminister hat in diesem Bereich in der Vergangenheit das notwendige Fingerspitzengefühl schmerzlich vermissen lassen.

Statt Gefühl hatte er offenbar Schmirgelpapier zwischen den Fingern«, sagte Bachmann. »Die Härtefall-Beratergruppe im Petitionsausschuss ist am starren Verhalten der Regierungsfractionen gescheitert, obwohl wir vor einem Jahr fraktionsübergreifend der Meinung waren, dass eine an den Petitionsausschuss des Landtages angedockte Härtefallberatung zu

sachgerechten Lösungen kommen könnte. Allerdings haben wir sehr schnell erlebt, dass die Interpretation dessen, was ein Ausschlussgrund ist, immer mehr erweitert worden ist«, ergänzte SPD-Petitionsexpertin Heidi Merk.

»Der vom Innenminister vorgelegte Entwurf einer Härtefallkommissionsverordnung lässt noch viel zu viele Fragen offen: Bislang ist nicht einmal geklärt, wer diesem Gremium angehören soll. Auch inhaltlich haben wir erhebliche Bedenken: Bei der Frage des Sozialhilfebezugs wurde ein Ausschlussgrund in einer Art und Weise formuliert, der Kinderlose gegenüber Familien mit Kindern deutlich bevorzugt. Höchst bedenklich ist die vorgesehene Regelung, wonach Ausschlussgründe, die in der Person eines Familienmitglieds vorliegen, für alle Angehörigen ebenfalls zutreffen sollen. Eine solche Sippenhaft kennen die Härtefallkommissionen der anderen Ländern nicht. Mit einer



Heidrun Merk,
SPD-Petitionsexpertin

solchen Verordnung läuft Schünemann Gefahr, den anderen Bundesländern in Sachen Humanität auch in Zukunft hinterherzulaufen«, sagte Merk.

Ausbildung der Steuerbeamten auf akademischem Niveau erhalten

»Eine Zerschlagung der Fachhochschule für Rechtspflege und Verwaltung ohne jedes Zukunftskonzept ist mit der SPD nicht zu machen«, sagte der Finanzexperte der SPD-Fraktion Heinrich Aller.

Die Landesregierung plant, die bisher aus den Fakultäten Steuerverwaltung, Polizei, Allgemeine Verwaltung und Steuerverwaltung bestehende Fachhochschule aufzulösen. Ein geschlossenes Konzept für notwendige Nachfolgeeinrichtungen besteht nicht. So suchen nun die verschiedenen Fachministerien nach Lösungen, die durch die Zerschlagung der FH entstehende Lücke zu füllen.

Das Innenministerium will die Ausbildung von Beamten des gehobenen Allgemeinen Verwaltungsdienstes völlig einstellen. Wo langfristig qualifizierter Nachwuchs ausgebildet werden soll, bleibt offen. Das Finanzministerium hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem in Niedersachsen eine »Steuerakademie« eingerichtet werden soll. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern wird diese jedoch nicht den Status einer Fachhochschule haben. Künftigen Absolventen kann daher kein akademischer Grad mehr verliehen werden.

Schlimmer noch: Es ist unklar, ob den Absolventen künftig ein weiterführendes Studium an einer Universität oder eine Weiterbildung zum Steuerberater offen steht. Es kann bezweifelt werden, ob diese Einrichtung künftig den Ansprüchen des bundeseinheitlichen Steuerbeamtenausbildungsgesetzes genügt. Mit der geplanten Regelung würden die Nachwuchskräfte des gehobenen Steuerdienstes deutlich schlechter gestellt als etwa Polizisten oder Kollegen in anderen Ländern.

»Wir brauchen künftig noch dringender hervorragend ausgebildeten Nachwuchs in der Steuerverwaltung«, so Aller, »die Degradierung des Fachhochschulstudiums zu einer bloßen Akademieausbildung kann daher nicht im Interesse des Landes sein.«

»Angesichts der aufgrund von Haushaltskürzungen immer weiter zurückgehenden Studierendenzahl machen Alleingänge



Heiner Aller, Finanzexperte

einzelner Länder keinen Sinn mehr«, stellte Aller fest, »eine zukunftsgerichtete Ausbildung muss weiterhin auf akademischem Niveau stattfinden und kann langfristig nur in länderübergreifenden Hochschulen durchgeführt werden.«

Der Rechtsextremismus muss mit allen Mitteln bekämpft werden

Für die SPD steht fest: Rechtsextremismus muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Dazu gehört die einheitliche Abwehrfront aller demokratischen Parteien genauso wie ein Verbot rechtsextremer Parteien. Beides ist wichtig. Beides ist jedoch nichts, wenn nicht zugleich die gesellschaftlichen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit beseitigt und die Quellen für auf gewaltsame Konfliktlösungen setzende Politikkonzepte verstopft werden.

Aus diesem Grund unterstützt die SPD-Fraktion eine Landtagsentschließung, die das NPD-Verbot fordert und den Einsatz aller Parteien gegen rechtsextremistische Tendenzen betont. Aus unserer Sicht ist das Verbot eine Möglichkeit, die legalen Aktionsmöglichkeiten der NPD einzuschränken und provozierende Auftritte wie vor einigen Wochen in Göttingen zu verhindern.

Aus diesem Grund haben wir im Landtag die Landesregierung für die Schließung der »Landeszentrale für politische Bildung« kritisiert, weil damit die demokratische Aufklärungsarbeit gegen rechte Tendenzen geschwächt wird.

Aus diesem Grund werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass weder Verbote noch Bildungsarbeit greifen werden,

wenn nicht zugleich die gesellschaftlichen Ursachen für rechtsextremistische Tendenzen konsequent bekämpft werden.

Für uns ist klar: In einer Situation, in der soziale und wirtschaftliche Ängste und Nöte viele Menschen beschäftigen und in der die Identität und Sicherheit vieler – gerade junger Menschen – bedroht ist, bekommt die Ideologie der Fremdenfeindlichkeit und der Gewalt immer wieder neuen Zuspruch. Sie kann auf Bedrohungsgefühlen und realen Zukunftsängsten aufbauen und Fremde als »Sündenböcke« und »Blitzableiter« missbrauchen.

Deshalb ist eine Politik, die den Menschen Sicherheit durch eine gute Bildung und Ausbildung und vor allem eine Zukunft durch die Garantie von Ausbildungs- und



Sigrid Leuschner,

Arbeitsplätzen ermöglicht, letztlich das beste Bollwerk gegen den Rechtsextremismus.

»Sozialer Kahlschlag der Landesregierung stößt auf wachsenden Widerstand« Erst nach massiven Protesten wird Landesblindengeld wieder eingeführt

»Die Wiedereinführung des Landesblindengeldes ist ein riesiger Erfolg für die Blinden in Niedersachsen und die vielen Tausend Menschen, die das Volksbegehren unterstützt haben«, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Uwe Schwarz aus Anlass einer entsprechenden Entscheidung der Landesregierung.

»Die Bevölkerung in Niedersachsen will nicht, dass das Land kaltherzig mit blinden

Menschen umspringt. Sie reagiert sensibel auf soziale Zumutungen. Der von Ministerpräsident Wulff beabsichtigte Systemwechsel ist damit – zumindest vorläufig – gescheitert.«

Schwarz betonte, dass die SPD-Fraktion die Landesregierung weiter in die Verantwortung für eine sozial gerechte Behindertenpolitik nehmen werde. »Nieder-

sachsen ist inzwischen das einzige Bundesland ohne ein Behindertengleichstellungsgesetz. Das ist beschämend für's Land und eine Ohrfeige für die Betroffenen. Außer nutzlosen öffentlichen Erklärungen hat die Landesregierung noch nichts zustande gebracht. Dabei hat die SPD-Fraktion schon im Februar 2005 einen überzeugenden Gesetzesvorschlag ins Parlament eingebracht.

Bis heute verschleppt die Regierungskoalition die Beratung dieser Initiative. In der Juli-Sitzung des Landtages werden wir dies deshalb zum Thema machen«, erklärte Schwarz.



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünnow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

SPD-Antrag bringt Bewegung in die festgefahrene Leitstellendebatte

»Der Innenminister hat sein Konzept von zehn bunten Leitstellen längst in den Sand gesetzt, da haben auch seine Regionalkonferenzen nichts geholfen«, sagte SPD-Leitstellenexperte Klaus-Peter Bachmann anlässlich der Einbringung eines SPD-Entschließungsantrags.

»Wir haben unseren Antrag »Leitstellen vernünftig organisieren!« überschrieben, weil Schünemann mit seinen Plänen einer zentralistischen Zwangsfusion von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsleitstellen landauf landab baden gegangen ist«, erläuterte Bachmann.

»Schünemanns Konzept ist bei Bürgern, Kommunen, Feuerwehren, Rettungsdiensten und bei der Polizei und damit auf ganzer Linie gescheitert. Es wird Zeit, dass wieder Vernunft in die Leitstellendebatte einkehrt«, erklärte Bachmann. »Wir haben deshalb einen realistischen und praxisnahen Vorschlag erarbeitet, wie die Leitstellen in Niedersachsen künftig organisiert werden können«.

Das SPD-Konzept greift die in den vergan-

genen Monaten in zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse und Anregungen auf. Dazu Bachmann: »Die Polizeiinspektionen bleiben handlungsfähig, die Leitstellen behalten ihre Ortskenntnis, die Kommunen werden in ihren Optimierungsanstrengungen nicht mehr durch die Grenzen der Polizeidirektionen gegängelt. Schließlich haben wir ein Einsparziel formuliert, das auch dem berechtigten Interesse der Krankenkassen als Kostenträgern des Rettungsdienstes Rechnung trägt«.

Das SPD-Konzept setzt auf das Know-How vor Ort: »Wir fördern kommunale Kooperationen und schließen auch den Zusammenschluss zu bunten Leitstellen unter Einschluss der Polizeileitstellen nicht aus, wenn es vor Ort passt. Auf diesem



Klaus-Peter Bachmann,
SPD-Migrationsexperte

Wege muss niemand befürchten, dass das örtliche Wissen verloren geht und sich die Einsatzzeiten verlängern«.

»Regionalisierungsmittel nicht weiter zweckentfremden«

Im Streit über die Subventionen für den Schienen-Nahverkehr haben sich Bund und Länder verständigt. Die Kürzung soll in der Zeit von 2006 bis 2009 um 500 Millionen Euro geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Niedersachsen erleidet damit Einnahmeausfälle von insgesamt rund 155 Millionen Euro.

Die Regionalisierungsmittel stellt der Bund den Ländern zur Verfügung, damit diese den Schienenpersonennahverkehr finanzieren können. »Mit dem Kompromiss können wir leben. Wichtig ist nun, dass die Mittel nicht weiter ihrem eigentlichen Zweck entzogen werden«, sagte Gerd Will, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Nach Auffassung von Gerd Will habe sich das Land die Kürzungen selbst zuzuschreiben. Denn Niedersachsen verwende diese Mittel seit mehreren Jahren zur Finanzierung der Schülerbeförderung. Gleichzeitig warnte Gerd Will vor Einschnitten in die Ausgleichszahlungen für den Schülerverkehr.

Das Land hat durch eine von Niedersachsen angeregte Gesetzesänderung ab 2007 die Möglichkeit, die Höhe dieser Zahlungen selbst zu bestimmen. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, die Zahlungen zu reduzieren. »Wer Kürzungen beim Schülerverkehr vornimmt, gefährdet den gesamten ÖPNV in ländlichen Gebieten. Denn dort machen Schülerinnen und Schüler bis zu 70 Prozent der Fahrgäste aus. Wenn die Schülerbeförderung wegfällt, würde der Busverkehr in vielen Regionen Niedersachsens zusammenbrechen«, so Will.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« –

Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.